

Den Gripen landen lassen

Wer sich mit dem Entscheid über die Anschaffung eines neuen Kampfflugzeugs schwertut, ist mit Sicherheit nicht allein. Was wurde über den geplanten Kauf des schwedischen Gripen nicht schon alles in die Welt gesetzt. Und zwar von beiden Seiten. Skandalisierungen, Verdächtigungen und Unterstellungen auf breiter Front. Der Typenentscheid im Sperrfeuer, der Hersteller unter Beschuss, die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit mit einem Dauerbombardement belegt. Das alles hat in einer offenen Gesellschaft und in einer Demokratie selbstverständlich seine Berechtigung. Einerseits. Andererseits droht bei so viel Getöse über einen längeren Zeitraum hinweg zunehmende Schwerhörigkeit. Und in ihrem Gefolge Verwirrung und Überdross total. Man kann es nicht mehr hören. Reagiert nur noch emotional – und sagt dann einfach Nein.

Das könnte der Moment sein, um kurz innezuhalten, bevor die nächste Welle der Empörung für oder gegen den Gripen durchs Land schwappt. Fakt ist: Die wenigsten unter uns haben schon einmal in einem solchen Kampfflugzeug gesessen – geschweige denn eines geflogen. Sicherheitsexperten sind die meisten ebenso wenig. Fakt ist aber auch: Am 18. Mai müssen alle irgendwie Kampfflug-Experte sein und über ein Geschäft entscheiden, das sowohl finanziell wie sicherheitspolitisch wichtige Weichen stellt.

Das heisst nicht, dass wir das nicht entscheiden können. Keineswegs. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in einer direkten Demokratie vielmehr das verbrieft Recht, auch über Fragen dieses Kalibers zu bestimmen. Aber sie haben ebenso die Pflicht, das nicht aus dem hohlen Bauch heraus zu tun be-

Die Diskussion über das neue Kampfflugzeug dreht sich nur noch im Kreis. Deshalb gilt es, die zentrale Frage nicht aus den Augen zu verlieren: Was ist uns unsere Souveränität eigentlich wert? Von **Christian Kamm**

ziehungsweise in Geringschätzung von Fach- und Expertenwissen.

Braucht die Schweiz neue Kampfflugzeuge? Die militärische Logik sowie die Tatsache, dass alles, was einmal neu war, irgendwann alt und überholt ist, sagen Ja.

2016 werden 54 ausgediente Tiger F-5 Jets ausgemustert. Dannzumal wird die Schweizer Luftwaffe noch über 32 Kampfflugzeuge des Typs F/A-18 verfügen – zu wenig, argumentiert die Armee, um die Kontrolle des Luftraums auch in Krisenzeiten ausreichend sicherzustellen. Mit den zusätzlich 22 modernen und leistungsfähigen Gripen kann die Luftwaffe hingegen die Schweiz und ihre Bevölkerung schützen.

Muss es unbedingt der Gripen sein? Keineswegs. Aber die Typenwahl war das Resultat eines mehrjährigen und systematischen Auswahlverfahrens, bei dem sich das schwedische Kampfflugzeug schliesslich als das Angebot mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis herausgestellt hat. Dass die Diskussionen über den angeblichen «Discount-Flieger» nicht abreißen, hat weniger mit dem Flugzeug selber zu tun als mit der Natur der Sache. In einer Evaluation kann es immer nur einen Sieger geben, gleichzeitig werden aber stets mehrere Verlierer produziert. Deren Ärger und Frustration machen sich naturgemäss Luft, sind dominant und vor allem laut. Selbst wenn die Schweiz den französischen Luxusflieger Rafale ausgewählt hätte, wären die Diskussionen mitnichten verstummt. Sondern lediglich unter anderen Vorzeichen geführt worden.

Gibt es keine Alternativen zur Flugzeugbeschaffung? Die gibt es immer. Aber das allein macht sie noch nicht gut. Wer Nein sagt zum Gripen, müsste im selben Atemzug nämlich Ja sagen zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in der schweizerischen Sicherheitspolitik: Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit den Nachbarstaaten in Krisenzeiten anstelle von souveränem Handeln unter Wahrung der Neutralität. Solange unser Land aber keinem Bündnis angehört, darf ein Outsourcing der Verteidigung des Luftraums kein Thema sein. Die Schweiz hat mehr verdient als nur ein An-

hängsel fremder Interessen zu sein, und sie kann es sich fraglos leisten, mehr zu sein. Auch eine Verschiebung der Flugzeugbeschaffung kommt nicht ernsthaft in Frage. Man stelle sich vor: Das Theater beginnt in Kürze wieder von vorne. Gott bewahre! Und ein paar Jahre später wäre man wieder dort, wo man heute schon ist. Flugzeugbeschaffungen, die nicht landen können, fliegen irgendwann nur noch im Kreis.

Deshalb: Ist der Bedarf ausgewiesen, der Preis in Ordnung, das Ganze über das ordentliche Armeebudget finanzierbar, womit kein anderer Politikbereich für die Modernisierung der Flugwaffe bluten muss, und das Flugzeug aus dem neutralen Schweden das richtige, dann kann es eigentlich nur noch eine Frage geben: Wann, wenn nicht jetzt?

Zu einem souveränen Land gehört auch ein Luftraum. Und wer die Luft über seinem Land nicht beherrscht, ist kein souveränes Land mehr. Es kann auch nicht ein bisschen Armee geben. Dann lieber ganz damit aufhören. Wer sich eine Armee leistet – und das sollte ein neutraler und unabhängiger Staat tun –, der muss auch gewillt sein, sie à jour zu halten. Mit dem Gripen macht die Schweizer Armee ausserdem einen bedeutenden Schritt zu einer kleineren aber effizienteren Flugwaffe. Noch Anfang der 90er-Jahre standen mehr als 300 Kampfflugzeuge in Schweizer Hangars, künftig sollen es, Gripen inklusive, nur noch 54 sein.

Und trotzdem: Ist das alles die 3,126 Milliarden Franken tatsächlich wert? Für ein Kampfflugzeug in einem Land umgeben von Freunden? Falsche Frage. Die richtige lautet: Ist der Gripen der Preis, welcher für Unabhängigkeit und Neutralität gezahlt werden muss? Hier ist die Antwort eindeutig: Ja. christian.kamm@tagblatt.ch

Die Schweiz hat mehr verdient, als nur ein Anhängsel fremder Interessen zu sein.

Es kann auch nicht ein bisschen Armee geben – dann lieber ganz damit aufhören.

18. Mai ABSTIMMUNG Gripen-Beschaffung

Vorlage 54 veraltete Kampfflugzeuge F-5 Tiger sollen durch 22 moderne Gripen ersetzt werden. Die Beschaffung soll durch einen Fonds finanziert werden. Gegen die Vorlage wurde das Referendum ergriffen.

Befürworter Für die Beschaffung sind SVP, FDP, CVP, BDP, EDU, Auns, Economiesuisse, Gewerbeverband

Gegner SP, Grüne, GLP, Piraten, GSoA, Gewerkschaftsbund

Stimmfreigabe EVP

Weniger Firmen folgten dem Lockruf

Die Kantone haben im vergangenen Jahr weniger ausländische Unternehmen in die Schweiz locken können: Insgesamt siedelten sich als Folge der Standortförderung 298 ausländische Firmen an – was einem Minus von 5 Prozent entspricht.

BERN. Die 298 neu in der Schweiz domizilierten ausländischen Firmen schufen zusammen 983 Arbeitsplätze (minus 11 Prozent), wie die Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) gestern mitteilte. Bereits von 2011 auf 2012 hatte sich die Zahl der akquirierten Unternehmen und der damit geschaffenen Stellen reduziert. (Grafik)

Starker Franken ist ein Nachteil

Nach Branchen betrachtet sind die meisten neu angesiedelten Unternehmen auf dem Gebiet der Life Sciences (43) tätig, gefolgt von den Sparten Informationstechnologie (38) und Handel/Rohstoffe (36). Die VDK gibt keine Informationen zu der geographischen Verteilung sowie der Herkunft der Unternehmen bekannt.

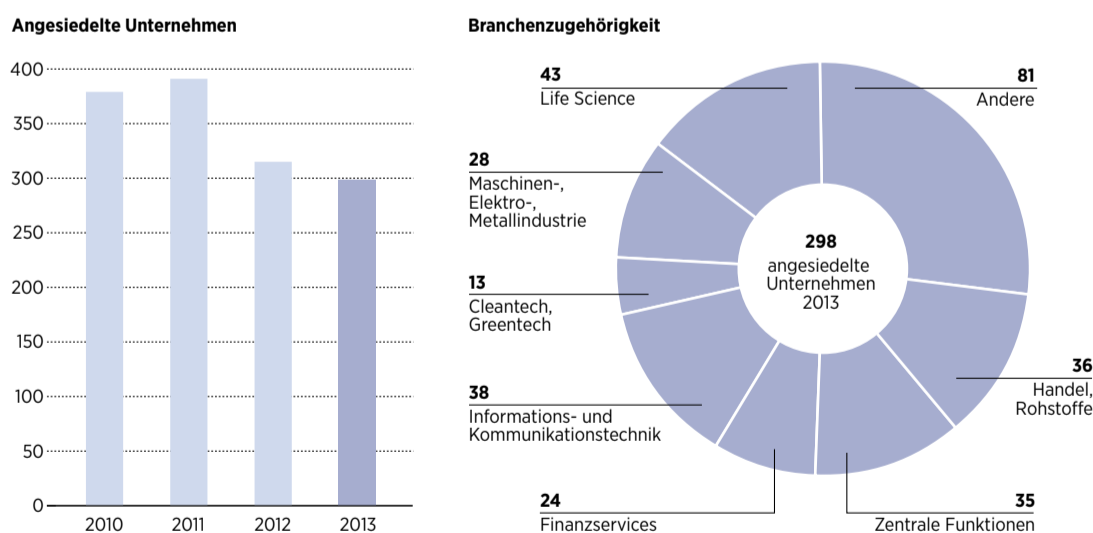
Der Rückgang sei weniger stark als von 2011 auf 2012, sagte VDK-Generalsekretär Christoph Niederberger auf Anfrage. Beim Standortmarketing im Ausland machen den Kantonen laut dem Generalsekretär zurzeit vor allem drei Faktoren zu schaffen: der hohe Kurs des Frankens, die Unsicherheit in Bezug auf die Unternehmenssteuern sowie der Mangel an Fachkräften, der wegen der Zuwanderungs-Initiative noch steigen könnte.

Über Mandat entscheiden

Die Denkfabrik Avenir Suisse hatte vorgeschlagen, dass die Kantone wegen der Zuwanderungs-Initiative künftig weitgehend auf die Standortförderung im Ausland verzichten sollten. Er habe für diesen Vorschlag kein Verständnis, auch mit Blick auf

Seit 2011 geht es mit den Neuansiedlungen abwärts

Die Zahl der neu in der Schweiz angesiedelten ausländischen Firmen ist seit 2011 am Sinken. Allerdings hat sich der Rückgang verlangsamt. Am meisten Firmen-Zuzüger gab es im Bereich Life Science, gefolgt von Informationstechnologie und Handel/Rohstoffe.



Quelle: Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren, Grafik: sgt, Bild: ky/Christian Beutler

KUNTERBUND



Nationalrat **Christoph Blocher** (SVP/ZH) sammelt Geld für das Komitee «Nein zum schlechten EU-Beitritt». Das hat der erfolgreiche frühere Unternehmer doch nicht nötig: Die Kampagne für die Einwanderungs-Initiative finanzierte er gemäss der «Sonntagszeitung» weitgehend im Alleingang. (tga)



Diese Woche hat der Bierorden «ad gloriam cerevisiae» («zum Ruhme des Bieres») wiederum seinen Besitzer gewechselt. Verliehen wird er alljährlich vom Schweizer Brauerei-Verband. Der abtretende Ordensträger heisst übrigens **Ueli Maurer**. Womit ein künftiger Biograph des Verteidigungsministers wohl nicht um die Klärung der Frage herumkommen wird, ob der Gripen womöglich eine Bieridee gewesen ist. (ck)



Man könne nicht immer am Leser vorbeischieben, warf **Markus Somm** in einem Interview dem Ringier-Verleger vor. Ob Somm dabei auch an die eigene Zeitung dachte? Der Chefredaktor der «Basler Zeitung» bejubelte die Annahme der SVP-Einwanderungs-Initiative, obwohl die Stadt Basel diese mit 61 Prozent klar abgelehnt hatte. (tga)

Standortwechsel kommt Firma teuer zu stehen

ST. GALLEN. Weil ein Pharmaunternehmen seinen Sitz von Stans nach Stans-Oberdorf verlegt hat, muss es innert Jahresfrist auf sämtlichen Verpackungen seiner Medikamente den neuen Sitz gemäss Handelsregister angeben. Und dies, obschon weder Postadresse noch Telefonnummer geändert haben. Dass dies erhebliche Kosten verursacht, interessiert auch das Bundesverwaltungsgericht nicht.

Das Pharmaunternehmen, das in der Schweiz beinahe 60 Arzneimittel vertreibt, hatte sein Domizil vor drei Jahren verlegt. Solche Wechsel müssen dem Schweizerischen Heilmittelinstitut gemeldet und von diesem bewilligt werden. Das Pharmaunternehmen ging davon aus, die Anschrift auf den Verpackungen wegen der geringfügigen Änderung nicht anpassen zu müssen. Das Schweizerische Heilmittelinstitut wies ein entsprechendes Gesuch des Pharmaunternehmens jedoch ab. Immerhin gewährte es eine Frist von einem Jahr – und auferlegte dem Pharmaunternehmen für diese Anordnung eine Gebühr von über 14 500 Franken.

Um Täuschungen zu verhindern

Das Pharmaunternehmen rief das Bundesverwaltungsgericht an und bat, die alten Verpackungen noch aufbrauchen zu dürfen und die Arzneimittel erst ab dem nächsten Druck mit dem neuen Domizil in den Verkehr bringen zu müssen. Das Bundesgericht hatte kein Nachsehen: Das Gesetz sehe vor, dass die Firma und der Sitz eines Unternehmens auf den Verpackungen so aufgeführt seien, wie dies beim Handelsregister gemeldet sei. Um Täuschungen und Verwechslungen zu verhindern und die Heilmittelsicherheit zu gewährleisten. Dass Postleitzahl und Postadresse nicht geändert haben, sei nicht massgeblich. (upi)

die sinkende Zahl der angesiedelten Unternehmen, sagte Niederberger.

Die Standortförderung im Ausland nimmt Switzerland Global Enterprise (S-GE) im Auftrag der Kantone und des Bundes wahr. Im Jahr 2013 konnte die S-GE rund 350 Projekte an die Kantone weiterleiten. Die Organisation konzentriert sich in Europa vor allem auf die Märkte Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien und Russland. Ebenfalls im Fokus sind die USA, Japan, Indien, China und Brasilien. Im nächsten Jahr werden die Kantone und das Bundesparlament über die Weiterführung des Mandats für die S-GE entscheiden.

Initiative drückt Investitionen

Ebenfalls gestern wurde eine Umfrage zu den Auswirkungen der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative veröffentlicht. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich hat Unternehmen befragt, inwieweit das Ja ihre Investitionsbereitschaft beeinflusst. Laut Umfrage gaben 2,6 Prozent der befragten Firmen an, ihre Investitionen bereits in diesem Jahr senken zu wollen. Danach nimmt die Neigung für weitere Senkungen deutlich zu: 5,8 Prozent der Firmen wollen ihre Investitionen fürs nächste Jahr zurückfahren. Für 2016 sind es bereits 7,5 Prozent der Unternehmen mit abgespeckten Investitionsplänen. Auf der anderen Seite wollen nur wenige Firmen mehr investieren: In diesem Jahr sind es nur 0,9 Prozent und im nächsten 1,8 Prozent. (sda)